



V. Werkstattgespräch:

«Neue soziale Risiken – Herausforderungen für eine Generationenpolitik»

Dienstag, 26. Mai 2009, 17.30–20.00 Uhr

Haus der Universität, Seminarraum UG
Bern, Schöllslistrasse 5



Mitglied der
Akademien der Wissenschaften Schweiz

Netzwerk Generationenbeziehungen – Anlass, Ziele und Absichten

Die Beziehungen zwischen den Generationen in zahlreichen Bereichen des Zusammenlebens werden zusehends zu einem wichtigen Thema der öffentlichen Meinungsbildung und der Gesellschaftspolitik. Absehbare politische Reformen bzw. politisch anstehende Problemlagen, insbesondere im Bereich der Sozialen Sicherheit, haben direkte und indirekte Auswirkungen auf die Generationenbeziehungen.

Um frühzeitig die Relevanz dieser Fragen in grösseren Zusammenhängen anzusprechen und den Diskurs zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Gang zu bringen, haben die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und das Geschäftsfeld «Familien, Generationen und Generationenbeziehungen» (FGG) des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) die Initiative zur Bildung eines «Schweizerischen Netzwerks Generationenbeziehungen» ergriffen.

Zweck des Netzwerks ist es, Werkstatt-Gespräche, Tagungen, Ausstellungen und weitere Veranstaltungen zu diesem Themenbereich anzuregen und solche selbst durchzuführen. Auf diese Weise sollen sowohl die Grundlagen der Generationenpolitik als auch der gesellschaftliche Dialog darüber in nachhaltiger und differenzierter Weise erarbeitet werden.

Thema

Die zunehmende Verbreitung von Phasen der Arbeitslosigkeit, die generelle Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, der Wandel hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft mit höheren Eintrittsschwellen für Tiefqualifizierte sowie die mit einer zunehmenden Instabilität von Paarbeziehungen verbundene Pluralisierung der privaten Lebensformen liessen neue soziale Risikogruppen entstehen. Zu ihnen zählen Personen jeglichen Alters, die über keine hinreichende Beschäftigung verfügen, kinderreiche Familien, Einelternfamilien und alleinstehende Frauen. Das auf den vorzüglich männlichen, vollzeiterwerbstätigen Alleinernährer ausgerichtete, soziale Sicherungssystem trägt dieser neuen Situation ebenso wenig Rechnung wie die immer noch mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Es besteht nun ein weitgehender Konsens unter Fachexperten wie den Sozialpartnern, dass die Integration in den Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Vereinbarkeit von Familie und Beruf prioritäre Bedeutung hat. Konkret bedeutet dies die Integration und Re-Integration von jungen Leuten in Berufsausbildung und Arbeitsprozess, die Vermeidung von Nachteilen für Personen mit unmündigen Kindern im Beruf sowie Massnahmen, welche die Erwerbschancen von Personen über 50 Jahren fördern (vgl. Werkstattgespräch IV). Ebenso unbestritten ist, dass dem spezifischen Armutsrisiko der identifizierten Gruppen durch eine verbesserte Vereinbarkeit zwischen Familie und Erwerbstätigkeit wirksam begegnet werden kann. Familienergänzende Bildungs- und Betreuungsangebote sind dabei gleich mehrfach wirksam, weil nebst den Einkommen der Eltern auch die Bildungs- und damit Erwerbschancen ihrer Kinder erhöht werden (vgl. Tagung «Familienergänzende Kinderbetreuung» des Netzwerkes vom 20./21. November 2008).

Für die Gesamtheit dieser auf eine Verbesserung der Erwerbsintegration zielenden Massnahmen verwendet Giuliano Bonoli den einprägsamen Begriff der «sozialen Investitionen». Unter anderem hat er in international vergleichenden, über einen langen Zeitraum angelegten Untersuchungen zeigen können, dass diese Politik sozialer Investitionen einer Politik des Abbaus oder der Bewahrung des traditionellen, umverteilenden Sozialstaates deutlich überlegen ist. Wie zahlreiche andere Experten kommt er zum Schlusse, dass der Sozialstaat Schweiz umgebaut werden muss, soll er auch im 21. Jahrhundert den sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen garantieren. Die Voraussetzungen dazu sind günstig, weil sich die Schweiz noch in einer komfortablen Situation befindet.

Ziel

Offensichtlich ist, dass der gegenwärtige politische Diskurs in der Schweiz über die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme von dem von den Experten angedachten Umbau weit entfernt ist. Trotz einer erdrückenden Faktenlage oszilliert dieser entlang der alten Konfliktlinien zwischen Abbau und Bewahrung, und er verbeisst sich in Detailfragen. Es stellt sich folglich die Frage, weshalb das politische System nicht in der Lage ist, im Bereich der sozialen Sicherheit auf die veränderten Lebensformen und -bedingungen zu reagieren.

Es stellt sich aber auch die Frage nach der Möglichkeit einer alternativen Herangehensweise. Die Vorschläge von Giuliano Bonoli und weiterer Experten und Expertinnen können als ein umfassendes System der Stärkung und Förderung intra- und intergenerationeller Solidaritäten gelesen und verstanden werden. Ihre Umsetzung ist schwierig, weil diese nach Massnahmen in den verschiedensten Sektoren und auf den drei Staatsebenen verlangen. Es stellt sich die Frage, ob nicht das Konzept einer Generationenpolitik (vgl. Werkstattgespräch II) neue Ansätze ermöglichte und zusammenführen könnte, was zusammengehört. Das Parlament hat hier insofern Sensibilität gezeigt, als im Parlamentsgesetz die Generationenverträglichkeitsprüfung eingeführt wurde.

Die Fragen nach dem ‚Versagen‘ der Politik und der Tragfähigkeit einer Generationenpolitik sollen entlang der nachfolgenden Thesen und Leitfragen diskutiert werden.

Thesen

1. Die soziale Sicherheit ist ein Mehrgenerationenprojekt, welches alle lebenden Generationen einschliesst und auch die zukünftig lebenden Generationen in den Blick nimmt. Politisch und administrativ wird die gesellschaftliche Solidarität hingegen weiterhin in erster Linie als ein Verhältnis zwischen Personen im Erwerbsalter, vorzüglich männlichen Haupterwerbenden und solchen im Ruhestand verstanden. Dies führt zu falschen Gewichtungen der Problemlagen (z.B. AHV-Alter), verstellt den Blick auf die neuen sozialen Risiken und auf deren Absicherung ausgerichtete Massnahmen.
2. Da für eine Transformation des Sozialstaates des 19. und 20. Jahrhunderts Massnahmen in den unterschiedlichsten Politikbereichen notwendig wären und in jedem Politikbereich andere Interessenskonstellationen und -koalitionen wirksam werden, ist deren Umsetzung unwahrscheinlich. Wie die nun überwundene Altersarmut einst den Motor für den Aufbau des Sozialstaates abgab, bedarf dessen Modernisierung einer neuen, gesamtheitlichen Leitidee. Eine konsequent auf die Generationenbeziehungen und ihre Implikationen angelegte Politik könnte dies leisten.
3. Normative Vorstellungen darüber, was die Familie war, ist und sein sollte, erschweren eine sachliche Diskussion über jegliche Massnahmen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Ideologische Auseinandersetzungen lassen sich mindern, wenn nicht vom wertbesetzten Begriff Familie ausgegangen werden würde, sondern deren Kerngehalt und deren zentrale Aufgaben, die Generativität, zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht wird. Die Frage müsste also lauten, wie können optimale Voraussetzungen für verlässliche, entwicklungsfähige Beziehungen zwischen den Generationen geschaffen werden und wie kann dabei mit Spannungsfeldern sowie Konfliktfeldern sozial-konstruktiv umgegangen werden.
4. Die Diskussion über die soziale Sicherheit wird von einer Umverteilungsdebatte überlagert, welche die vertikale Dimension, das Verhältnis von arm und reich, im Blick hat. Alle Evidenzen weisen jedoch daraufhin, dass unterschiedliche Lebenslagen – Familienstand, Nationalität, Erwerbssituation – und damit die Ungleichheit auf der horizontalen Dimension die Herausforderungen der Zukunft sind. Eine an der Leitidee der intra- und intergenerationellen Solidarität orientierte Generationenpolitik würde es der Politik erlauben, dieser Verschiebung der Ungleichheitsfrage Rechnung zu tragen.
5. Die Diskrepanz zwischen dem sehr klaren ‚grossen Bild‘ der Fachexperten und der politischen Präferenz für die ‚kleinen‘ Fragen ist ebenso offensichtlich und erklärungsbedürftig wie die Diskrepanz zwischen dem starken Konsens von Fachexperten sowie der Sozialpartner hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration (vgl. Werkstatt IV) und dem politischen Umsetzungswillen. Woran liegt das? Dient Sozialpolitik primär der ideologischen Abgrenzung und Profilierung? Ist Sozialpolitik eines der wenigen Vehikel, über welches sich eine erodierende Klientel noch parteipolitisch binden lässt?
6. Von den neuen sozialen Risiken sind bereits marginalisierte und entsprechend wenig einflussreiche Gruppen betroffen (Immigranten, junge Menschen, Frauen, schlecht Qualifizierte). Eine Transformation des Sozialstaates können diese Gruppen nur in Koalition mit anderen sozialen Gruppen einleiten.

Ablauf der Veranstaltung

Der grössere Teil des Werkstattgesprächs soll für eine strukturierte Diskussion genutzt werden. Zur Einstimmung und Vorbereitung erhalten die Teilnehmenden eine Dokumentation. Im einleitenden Teil der Veranstaltung wird darauf mit Thesen Bezug genommen.

Teilnehmende

Zu diesem fünften Werkstattgespräch laden wir Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, den NGOs sowie an dieser Thematik interessierte Teilnehmende der vorangehenden Werkstattgespräche persönlich ein. Um allen die aktive Beteiligung zu ermöglichen, ist die Zahl der Teilnehmenden auf 30-40 beschränkt. Umgekehrt wird erwartet, dass die Angemeldeten sich durch eine vorgängige Lektüre der Texte auf die Diskussion vorbereiten.

Überblick Werkstattgespräch I – IV

Alle bisher durchgeführten Werkstattgespräche sind unter www.sagw.ch/generationen dokumentiert

Werkstattgespräch I «Medien und Generationen – Inwiefern beeinflussen die Medien die Gestaltung der Generationenbeziehungen?», 26. April 2007
Hauptreferenten: Heinz Bonfadelli; Mirko Marr; Stephanie Weiss; Lisa Berrisch

Werkstattgespräch II «Generationenpolitik: Schlagwort oder Leitidee», 15. November 2007
Hauptreferenten: Ludwig Gärtner; Kurt Lüscher

Werkstattgespräch III «Erben im Spannungsfeld aktueller Lebensformen», 8. Mai 2008
Hauptreferenten: Heidi Stutz; Peter Breitschmied, Benno Studer

Werkstattgespräch IV «Armutrisiken und Altersvorsorge in der Generationenperspektive», 14. Januar 2009
Hauptreferent: Philippe Wanner

Programm

17.30	Begrüssung	Dr. Markus Zürcher
17.40	Impulsreferat: «Neue soziale Risiken – Herausforderungen für eine Generationenpolitik»	Prof. Giuliano Bonoli
17.55	Kommentar	Dr. Katja Gentinetta
18.05	Podiumsgespräch:	Prof. Giuliano Bonoli Dr. Katja Gentinetta Silvia Schenker Christine Egerszegi-Obrist Ruth Humbel Näf
	Moderation:	Heidi Stutz
19.45	Zusammenfassung und Ausblick	Prof. Dr. Kurt Lüscher
ab 20.00	Apéro riche	

Biographien

Giuliano Bonoli

Giuliano Bonoli est professeur de politique sociale à l'Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) de Lausanne. Dans le passé, il a enseigné aux Universités de Fribourg et Berne en Suisse et de Bath en Grande Bretagne. Il a obtenu sa thèse de doctorat à l'Université du Kent à Canterbury (Grande Bretagne) pour une étude des réformes des systèmes de retraite en France, Suisse et Royaume Uni. Il a été «visiting scholar» à l'Institut Max-Planck pour l'étude des sociétés de Cologne et à l'Institut Universitaire Européen de Florence. Ses recherches portent sur le processus de transformation de l'Etat providence dans les sociétés contemporaines. Il a notamment participé au Programme de recherche interdépartemental de l'administration fédérale suisse sur l'avenir de long terme du système de retraite, et conseillé plusieurs cantons romand dans le domaine de la réinsertion professionnelle.

Christine Egerszegi-Obrist

Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist wurde 1948 geboren. Sie besuchte die neue Kantonsschule Aarau, erwarb das Primarlehrerpatent und studierte an den Universitäten Zürich und Lausanne Romanistik. Von 1971 bis 1996 unterrichtete sie als Sprachlehrerin an Bezirksschulen sowie an der Wirtschaftsschule des Kaufmännischen Vereins Baden. Ihre politische Laufbahn begann 1984 mit dem Engagement für die FDP Schweiz. Bereits ein Jahr später wurde sie Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz. Seit 1991 zählt sie zur Geschäftsleitung der FDP Aargau. Von 1989 bis 1995 war sie Mitglied des Grossen Rates Aargau. Gleichzeitig war sie von 1990 bis 1998 Stadträtin von Mellingen. Ihre Bereiche als Stadträtin sind Bildung, Sozialwesen, Gesundheit und öffentlicher Verkehr. 1995 wurde sie in den Nationalrat gewählt. Im Jahr 2006/07 war sie als Nationalratspräsidentin die höchste Schweizerin und als Botschafterin im In- und Ausland tätig. Seit 1995 arbeitet sie in der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit SGK mit und seit 1999 in der Stabilisierungskommission des Nationalrates. Seit 2001 ist Christine Egerszegi-Obrist Präsidentin der Subkommission BVG - Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge.

Katja Gentinetta

Katja Gentinetta hat 1989-1994 an der Universität Zürich und Paris Germanistik, Geschichte und Philosophie studiert. 1995-1997 hat sie ein MAS in Kulturmanagement am Internationalen Zentrum für Kultur und Management ICCM in Salzburg absolviert. 2002 doktorierte sie in politischer Philosophie an der Universität Zürich. 1996-1999 leitete sie das Forum Schlossplatz Aarau und 1999-2002 war sie Projektleiterin des Aargauer Auftritts an der Expo.02. 2002-2006 führte sie die Abteilung Strategie und Aussenbeziehungen in der Staatskanzlei Aargau. Dr. Katja Gentinetta ist stellvertretende Direktorin von Avenir Suisse.

Ruth Humbel

Ruth Humbel wurde 1957 geboren. Sie besuchte das Lehrerseminar in Wettingen und erlangte das Lehrerpateant 1978. Sie unterrichtete 1978-1981 als Primarlehrer-

rin und besuchte 1981 das français moderne an der Universität Neuenburg. 1982-1987 absolvierte sie ihr rechtswissenschaftliches Studium an der Universität Zürich. 1987-1988 war sie am Bezirksamt Baden und 1988-1989 am Bezirksgericht Baden tätig. 1989-1994 war sie Geschäftsführerin des Aargauischen Krankenkassen-Verbandes (AKV) und 1994-2001 geschäftsführende Präsidentin des AKV. Von 2001 bis Ende 2008 war sie Mitglied der Direktion und Leiterin Region Mitte von santésuisse. 1981-2003 war sie Grossrätin, seit 2003 ist sie Nationalrätin. Ruth Humbel ist Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) und der staatspolitischen Kommission (SPK). Sie hat eine 18-jährige Tochter und einen 14-jährigen Sohn und geht wie ihr Mann einer vollen Arbeitsbeschäftigung nach.

Kurt Lüscher

Kurt Lüscher, Prof.em., Dr. rer.pol. Nach Studien in Basel, Bern und den USA bis 1970 Tätigkeit an der Universität Bern, von 1971 bis 2000 Ordinarius für Soziologie an der Universität Konstanz und Leiter des Forschungsschwerpunktes «Gesellschaft und Familie». Seither Lehraufträge an der Universität Bern, in der Erwachsenenbildung sowie Beratungstätigkeit beim Geschäftsfeld «Familie-Gesellschaft-Generationen (FGG)» des BSV. Publikationen zum Thema: «Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft» Konstanz 2003; «Kinderpolitik. Die Ambivalenzen der Rolle des Kindes gestalten». In: Kränzl-Nagl, R. et al. Kindheit und Wohlfahrtsstaat 2003; «Kinder- und Jugendpolitik im Kontext einer integralen Generationenpolitik/La politique de l'enfance et de la jeunesse dans une politique intégrée des générations.» In: Soziale Sicherheit/Sécurité sociale 4/2007. Weitere Angaben: www.kurtluescher.de.

Silvia Schenker

Silvia Schenker wurde 1954 geboren. Sie hat 1970-1972 eine kaufmännische Lehre beim Schweizerischen Bankverein und 1989-1993 ein Studium an der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit in Basel absolviert. Sie arbeitet seit 1995 als Sozialarbeiterin an der Universitären Psychiatrischen Klinik in Basel. Seit 1995 ist sie Mitglied der SP Basel-Stadt, 1997-2001 war sie Präsidentin VPOD Basel. 1995-2004 war sie als Grossrätin des Kantons Basel-Stadt tätig und 2001-2004 als Fraktionspräsidentin der SP im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt. Seit 2003 ist sie Nationalrätin und Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) und der staatspolitischen Kommission (SPK). 2006-2008 war sie Vizepräsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Heidi Stutz

Heidi Stutz hat an der Universität Zürich Wirtschaftsgeschichte in Verbindung mit Sozialökonomie studiert. Sie arbeitet seit dem Jahr 2000 im Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS in Bern und ist heute Mitglied der Geschäftsleitung und Mitinhaberin dieses privaten Forschungsinstituts. Familien- und Generationenfragen bilden einen ihrer Forschungsschwerpunkte. So hat sie etwa am NFP-45-Forschungsprojekt «Familien, Geld und Politik - Von der Analyse der Anforderungen an eine kohärente Familienpolitik zu einem familienpolitischen Dreisäulenmodell für die Schweiz» mitgewirkt und am NFP-52-Projekt «Erben in der Schweiz - eine Familiensache mit volkswirtschaftlichen Folgen». Weitere Angaben: www.buerobass.ch

Markus Zürcher

Markus Zürcher (*1961) studierte Schweizer Geschichte, Ökonomie und Soziologie an der Universität Bern und als Visiting Student an der University of Lancaster. Als Hilfsassistent und Assistent war er am Institut für Soziologie Universität Bern tätig, wo er 1994 unter der Leitung von Prof. C. Honegger in Geschichte promovierte. Seit 1995 ist er für die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften tätig, seit 2002 als deren Generalsekretär. Ein Nachdiplomstudium am Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) in Lausanne schloss er 1999 mit dem Master of Public Administration (MPA) ab. Lehraufträge für Soziologie und für Geschichte der Sozialwissenschaften nimmt er an den Universitäten Freiburg und Bern wahr. Wissenschaftsgeschichte, Forschungspolitik und New Public Management sind seine Interessengebiete.

Organisation

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

Eine Institution im Zentrum eines grossen Netzwerks.

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) vereinigt als Dachorganisation rund 60 wissenschaftliche Fachgesellschaften. Sei es in der Literatur oder der Theologie, in den Kommunikations- oder den politischen Wissenschaften, ihre Mitgliedgesellschaften repräsentieren eine Vielfalt von Disziplinen. Gesamthaft gesehen sind nicht weniger als 30 000 Personen als Mitglied einer Fachgesellschaft mit der SAGW verbunden und bilden somit das grösste Netz in den Geistes- und Sozialwissenschaften unseres Landes.

Forschungsförderung, internationale Zusammenarbeit sowie Förderung des akademischen Nachwuchses – dies sind schon seit ihrer Gründung im Jahre 1946 die Hauptanliegen der SAGW, und in letzter Zeit hat sich ihr Betätigungsfeld noch erweitert. Die Akademie ist eine vom Bund anerkannte Institution zur Forschungsförderung; sie engagiert sich in drei zentralen Bereichen für die Geistes- und Sozialwissenschaften:

Vernetzung

Die SAGW dient als Plattform zur Verwirklichung von Gemeinschaftsprojekten sowie für die Verbreitung von Forschungsergebnissen innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Auch ihrer Rolle als «Vermittlerin» zwischen den Disziplinen kommt grosse Wichtigkeit zu.

Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften

Die SAGW stellt einen Grossteil ihres Budgets für die Förderung der Aktivitäten der Geistes- und Sozialwissenschaften in unserem Land zur Verfügung. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten verfolgt sie eine Subventionspolitik, in deren Zentrum die Förderung des akademischen Nachwuchses sowie der Frauen in der Forschung steht.

Kommunikation

Die SAGW organisiert regelmässig öffentliche Tagungen sowie Podiumsgespräche zu aktuellen Themen. Sie hebt damit den Beitrag ihrer Disziplinen zur Analyse wichtiger gesellschaftlicher Probleme hervor und fördert den Dialog mit Politik und Wirtschaft.

Organisatorische Hinweise

Das Bundesamt für Sozialversicherungen

Die Schweiz verfügt über ein wirkungsvolles, solides Sozialversicherungsnetz. Das muss auch in Zukunft und unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen so bleiben, denn das soziale Netz ist ein wichtiges Element des sozialen Friedens.

Das BSV sorgt in seinem Zuständigkeitsbereich – AHV, Invalidenversicherung, Ergänzungsleistungen, berufliche Vorsorge (Pensionskassen), Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende und bei Mutterschaft sowie Familienzulagen in der Landwirtschaft – dafür, dass das Sozialversicherungsnetz erhalten bleibt und den immer neuen Herausforderungen angepasst wird. **Zudem ist es auf Bundesebene für die Themenfelder Familie, Kinder, Jugend und Alter, Generationenbeziehungen sowie für allgemeine sozialpolitische Fragen zuständig.**

Das BSV kontrolliert die Arbeit der Durchführungsorgane. Es bereitet die laufende Anpassung der Gesetze an die geänderte gesellschaftliche Realität vor. Und zum Teil – etwa im Bereich der Anstossfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung – ist es selbst Durchführungsorgan.

Aktuell arbeitet das BSV insbesondere an der Konsolidierung von AHV (Neufassung 11. Revision, Vorbereitung 12. Revision) und Invalidenversicherung (5. Revision), an der Strukturreform in der beruflichen Vorsorge (Optimierung der Aufsicht) sowie an der Sanierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen und der Umsetzung des Gesetzes über die Familienzulagen.

Für die soziale Wohlfahrt gibt der Bund etwa einen Viertel seines Budgets aus. In den vergangenen Jahren entsprach dies zwischen 13 und 14 Milliarden Franken.

Tagungsort

Haus der Universität
Seminarraum UG
Schlösslistrasse 5
3008 Bern

Das Haus der Universität liegt im Kocherpark rund 5 Gehminuten von Bahnhof entfernt, Parkplätze sind vorhanden.

Tagungssekretariat

Am Tagungsort wird ein Sekretariat eingerichtet.

Anmeldung

Mittels des beigelegten Anmeldetalons bis **zum angegebenen Termin**. Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt; die Anmeldungen werden **nach ihrem Eingang** berücksichtigt.

Auskunft und Organisation

Martine Stoffel
Schweizerische Akademie der Geistes-
und Sozialwissenschaften
Hirschengraben 11
Postfach 8160
3001 Bern

Telefon 031 313 14 40
Telefax 031 313 14 50
E-Mail stoffel@sagw.ch